

die gute nachricht Der Bär ist wieder da

BERN. An der Grenze zwischen Graubünden und Italien hält sich zurzeit wieder ein Bär auf. Er dürfte laut dem eidgenössischen Jagdverwalter Reinhard Schnidrig mit grosser Wahrscheinlichkeit in diesem Sommer ab und zu auch kurz in der Schweiz gewesen sein. Dies entspricht genau den Vorstellungen des Bundesamtes für Umwelt, das davon ausgeht, dass der Bär auf natürliche Art und Weise wieder in das Land einwandert. Bei dem beobachteten Tier handelt es sich nicht um einen Problembären, sagte Schnidrig in einem Interview der



Foto Keystone

«Zentralschweiz am Sonntag». Es sei ein Bär, der kein Aufsehen erzeuge und bisher keine Sorgen bereitet habe. Er lebe im Wald und am Berg. Lebensräume findet der Bär laut dem eidgenössischen Jagdverwalter in Graubünden und im Tessin, allenfalls könnte er bis ins Glarnerland vordringen. AP

Uiguren aus Guantánamo in Palau

WASHINGTON. Der Südsee-Inselstaat Palau hat sechs Ex-Häftlinge aus dem US-Gefangenenlager Guantánamo aufgenommen. Die Männer seien «nach fast acht Jahren ungerechtfertigter und unerlaubter Haft» in der Freiheit angekommen, sagte ihr New Yorker Rechtsanwalt. Uiguren sind Angehörige einer muslimischen Minderheit im Nordwesten Chinas. Sie waren vor Unterdrückung nach Afghanistan geflohen und wurden dort nach den Anschlägen vom September 2001 im Rahmen der Terrorfahndung festgenommen. Jahre später kamen die USA zum Schluss, dass es sich nicht um «feindliche Kämpfer» handle. Weil Uiguren in China verfolgt werden, suchten die USA andere Aufnahmeländer. Fünf sind bereits nach Albanien, vier nach Bermuda entlassen worden. Palau ist ein enger Verbündeter der USA. Er verhandelt gerade mit Washington über die Erneuerung der Entwicklungshilfe. DPA

Polanskis neues Angebot

PARIS. Die Anwälte des in der Schweiz inhaftierten 76-jährigen Filmregisseurs Roman Polanski geben nicht auf. Sie wollen heute ein neues Haftentlassungsgesuch einreichen. Dieses Mal werde eine hohe Kautiön in bar angeboten, sagte Polanskis Pariser Anwalt Herve Temime gestern dem Radio France-Info. Eine Summe nannte er nicht. AP



Foto Reuters

VERWEIGERUNG. Der Völkermord-Prozess gegen den einstigen Serbenführer Radovan Karadzic geht heute in Den Haag ohne den Angeklagten weiter. Der Ex-Präsident der Serbenrepublik will bis auf Weiteres nicht vor den Richtern erscheinen. DPA

tageskommentar

Den Westen vorgeführt

WILLI GERMUND



Afghanistans Präsident Hamid Karzai steht schon seit Mai diesen Jahres als Sieger der Präsidenten-

wahl fest. Bereits lange vor dem ersten Urnengang im August stellte er mit geschickten Manipulationen die Weichen für seinen Triumph. Der von ihm und seinen Leuten organisierte Wahlbetrug war so überflüssig wie unnötig.

Spätestens seit den öffentlichen Betrugsvorwürfen nach der Augustwahl war ebenso klar, dass sein stärkster Herausforderer Abdullah Abdullah in der Stichwahl vom kommenden Samstag keine Chance haben wird. Mit seinem gestrigen Rückzieher hat Abdullah lediglich den Tatsachen Rechnung getragen.

Dennoch scheinen der Westen und die Regierung in Kabul entschlossen, am Beispiel der Präsidentenwahl aller Welt vorzuführen, wie man es auf keinen Fall anstellen sollte. «Zu spät, zu we-

Jetzt sollen Millionen von Wählern ihr Leben für eine Stichwahl riskieren, bei der es nichts zu wählen gibt.

nig»: Das war die Devise, die das ganze Afghanistan-Engagement seit 2001 gekennzeichnet hat. Erst sah das Ausland fast tatenlos zu, wie die Wahl zu einem vom Westen finanzierten Wahlbetrug verkam. Dann versuchten die gleichen Staaten fieberhaft, die Glaubwürdigkeit des Urnengangs zu flicken, obwohl nichts mehr zu retten war.

Jetzt sollen wahrscheinlich 100 000 ausländische Soldaten, Tausende von afghanischen Polizisten, Hunderte von Funktionären und Millionen von Wählern ihr Leben für eine Stichwahl riskieren, bei der es nichts zu wählen gibt.

Absurder geht es nicht mehr. Die radikal-islamischen Taliban-Milizen lachen sich zu Recht ins Fäustchen. Leichter kann man es ihnen kaum noch machen.

korrespondenten@baz.ch

> SEITE 9

Der Herr des Klimas

Der Diplomat Thomas Kolly (51) vertritt bei Klimaverhandlungen die Schweizer Interessen



Kapitän der Schweizer. Thomas Kolly vergleicht die internationalen Klimaverhandlungen mit einem Dampfer, der nicht aufzuhalten ist. Foto Henry Muchenberger

CHRISTIAN MIHATSCH

Dabei sein, wenn Sinnvolles beschlossen wird: Dafür steht Kolly auch in Kopenhagen ein.

Eigentlich wollte er eine Mechanikerlehre machen. Doch dann riet der Berufsberater dem Jungen aus dem Luzerner Dorf Pfeffikon, er solle es doch mal mit Diplomaten versuchen. Heute leitet Thomas Kolly (51) die Schweizer Delegation bei den UNO-Klimaverhandlungen. «In einer solchen Position hat man die Möglichkeit, einen extrem politischen und extrem wichtigen Prozess zu verfolgen und mitzugestalten», sagt der Leiter der Abteilung Internationales im Bundesamt für Umwelt (Bafu).

Überhaupt, der Klimaprozess. Angefangen hat alles 1992 beim Erdgipfel in Rio de Janeiro: Der Kalte Krieg war zu Ende; es herrschte Euphorie und die Führer der Welt beschlossen, nun das Klima zu retten. Seit 2005, seit der Klimakonferenz von Montréal, ist auch Kolly mit dabei. «Damals hat man schon gewusst: In Kopenhagen, Ende 2009, wirds passieren», sagt er heute. Also liess das Aussenministerium seinen Diplomaten Kolly, einen Juristen, für fünf Jahre ans Bafu aus. Seither führt er für die Schweiz die Klimaverhandlungen.

TEILPROZESSE. In Montréal wurde der erste der beiden Teilprozesse gestartet, die an der Klimakonferenz von Kopenhagen im Dezember ihren Abschluss finden sollen: Das Aushandeln von Reduktionszielen für den CO₂-Ausstoss für alle Industrieländer, die wie die Schweiz das Klimaprotokoll von Kyoto ratifizierten. Der zweite Teilprozess wurde 2007 an der Klimakonferenz von Bali in Bewegung gesetzt: Hier versucht man auch die Länder, denen das Kyoto-Protokoll keine Emissionsreduktionen vorschreibt, darauf zu verpflichten, ihren Ausstoss an Treibhaus-

gasen zu reduzieren. Dies sind vor allem die USA, die das Kyoto-Protokoll nie ratifizierten, und Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien. Für diesen zweiten Teilprozess hat man sich den schönen Namen «Long-term Cooperative Action under the Convention» (LCA) ausgedacht. Aus Sicht des Klimas ist die Welt also zweigeteilt: in Kyoto-Protokoll-Länder und in LCA-Länder.

ARME UNTERSTÜTZEN. «Der Kyoto-Prozess betrifft die Schweiz unmittelbar, weil dort unsere zahlenmässige Verpflichtung zur CO₂-Reduktion festgelegt wird», sagt Kolly. Das heisst aber nicht, dass sich die Schweiz auf die Verhand-



weltklimagipfel
Kopenhagen
7. bis 18. Dezember 2009

lungen auf der Schiene des Kyoto-Protokolls beschränkt. Teil der LCA-Schiene ist die Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen in Entwicklungsländern. Und hier hat die Schweiz mit ihrem Vorschlag einer globalen CO₂-Abgabe «schon früh einen wichtigen Pfeiler eingeschlagen», sagt Kolly.

Gemeinsam mit einem Klimadiplomaten aus Ghana leitet Kolly zudem die Arbeitsgruppe zur Anpassung an den Klimawandel. Dabei werden Massnahmen verhandelt, die besonders Entwicklungsländern helfen sollen, sich auf die Klimaerwärmung vorzubereiten – etwa indem sie Deiche bauen, um dem steigenden Meeresspiegel zu begegnen.

Bei den wesentlichen Entscheidungen dabei sein, das ist es, was die

Schweiz will. «Der ganze Prozess ist mit einem grossen Schiff zu vergleichen. Einige Passagiere kommen an Bord, andere steigen aus, aber das Boot steuert konsequent seinem Ziel zu», beschreibt Kolly die Klimaverhandlungen.

Mit an Bord dieses Dampfers, der nun seit bald 20 Jahren unterwegs ist, sind Tausende von Diplomaten und Vertreter von Nicht-Regierungsorganisationen. «Es ist eine sehr komplexe Materie. Es geht um das ganze Spektrum politischer Prozesse: Energie-, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik, um Landwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und natürlich um Aussenpolitik. Das macht die Verhandlungen einerseits schwierig. Andererseits ist es unglaublich faszinierend, weil alle Themen auf dem Tisch liegen», sagt Kolly.

POSITIVE SPANNUNG. «Beim Klima geht es um alles», sagt Kolly, der als Diplomat schon in Paris, Washington und Den Haag im Einsatz war. «Das merkt man, wenn man am ersten Tag ins Konferenzzentrum läuft. Es herrscht eine positive Spannung. Die Leute sind rund um die Uhr sehr engagiert.» Klimaverhandlungen dauern oft in alle Nächte. «Natürlich hat man unterschiedliche Positionen, aber es gibt ein gemeinsames Verständnis, in welche Richtung man gehen will. Man will Sinnvolles machen, ein nachhaltiges Resultat liefern. Das ist der gemeinsame Boden.»

Natürlich, so Kolly, habe für einen Vertreter aus einem Entwicklungs- oder Schwellenland nicht das Klima, sondern die Entwicklung erste Priorität. «Das sind dann so Zahlen, wie dass 500 Millionen Menschen in Indien keinen Strom haben», sagt Thomas Kolly. «Da hat man nicht das Privileg, sich völlig auf das Thema Klima konzentrieren zu können. Aber eben, man ist auf dem gleichen Dampfer, man hat ein gemeinsames Ziel.»

Endspurt vor dem Klimagipfel in Kopenhagen

Heute beginnt in Barcelona die letzte Verhandlungsrunde; alles wartet auf die USA

CHRISTIAN MIHATSCH

Diese Woche macht der Klimatross in Barcelona Station. Die wichtigen Entscheidungen aber stehen in den Hauptstädten an.

Gut einen Monat vor Kopenhagen, wo das Nachfolgeprotokoll zu Kyoto beschlossen werden soll, warten die Klimaunterhändler immer noch auf ein Angebot der USA, um wie viel sie die CO₂-Emissionen zu reduzieren gedenken. Und auch in der wichtigen Finanzfrage kommen die Unterhändler

ohne politische Vorgaben nicht voran. Immerhin: Letzten Freitag hat die EU hier ihr Verhandlungsangebot verabschiedet: Die EU-Regierungschefs gehen davon aus, dass die Entwicklungsländer im Jahr 2020 100 Milliarden Euro für Klimaschutzmassnahmen und Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel wie den Bau von Deichen benötigen. Von dieser Summe sollen 22 bis 50 Milliarden aus öffentlichen Kassen finanziert werden. Vorausge-

setzt die anderen Industriestaaten ziehen mit, ist die EU bereit, ihren Teil zu tragen – gemäss der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel rund ein Drittel. Ein Gutteil der verbleibenden zwei Drittel entfallen auf die USA; Merkel will ihre morgige USA-Reise dazu nutzen, Obama darauf aufmerksam zu machen.

BEWEGUNG. Bewegung gibt es auch bei den Entwicklungsländern, die bislang als geschlos-

sene Verhandlungsgruppe unter dem Namen G-77 auftreten. Nun zeigt sich, dass Länder wie Zimbabwe, Saudi Arabien und Singapur sehr unterschiedliche Interessen haben. Am deutlichsten kam dies in einem internen Brief des indischen Umweltministers an den indischen Premierminister zum Ausdruck. In dem Schreiben, das der «Times of India» zugespielt wurde, rät der Umweltminister zu einer völligen Umkehrung der indischen Ver-

handlungsstrategie: Indien solle seinen Widerstand gegen verbindliche Emissionsziele aufgeben und auch dem Wunsch der Industriestaaten entsprechen, das Kyoto-Protokoll durch einen neuen Vertrag zu ersetzen. Eine Änderung der indischen Verhandlungsstrategie wurde umgehend demontiert. Dennoch zeigt das Schreiben, wie viel in Bewegung ist. Die Klimadiplomaten in Barcelona werden diese Bewegung zu nutzen suchen.